

Razzia gegen Schwarzarbeit in deutschen Schlachthöfen

Leiharbeiter-Kolonnen sollen systematisch schwarz beschäftigt worden sein - Ermittlungen gegen 22 Beschuldigte und ein Firmengeflecht von rund zwei Dutzend Unternehmen

Seit langem schon laufen die heimischen und internationalen, fleischverarbeitenden Betrieben Sturm gegen die Billigkonkurrenz im Schlachtfleischbereich aus Deutschland. Denn das Fehlen von Mindestlöhnen sowie die Beschäftigung von Billigarbeitskräften aus dem ehemaligen Osten Europas sorgen für Preisdruck. Der heimische Branchenvertreter Hans Schlederer sprach im Zuge dessen unlängst von "moderner Sklaverei" und "Lohndumping". Kolportiert werden ein Hilfsarbeiterlohn von 3,50 Euro und ein Facharbeiterlohn von 6 Euro. Das Problem mit der Billigkonkurrenz gebe es seit einigen Jahren, seit zwei, drei Jahren habe es sich weiter verstärkt, so der Chef der Schweinebörse in Linz und des Verbandes der landwirtschaftlichen Veredelungsproduzenten (VLV). Denn die Leiharbeiter-Kolonnen haben die Stammebelegschaften der Schlachthöfe vielerorts dezimiert.

Mittlerweile sorgt dies auch international für Ärger. Die belgische Regierung habe sich bei der EU-Kommission über Sozialdumping und Wettbewerbsverzerrung in Deutschland beschwert. Die Billigkonkurrenz aus Deutschland soll inzwischen auch den belgischen Fleischverarbeitern zu schaffen machen und einen "Schlacht-Tourismus" befördern.

Nun kam es in deutschen Schlachthöfen erneut zu Razzien, da Leiharbeiter-Kolonnen systematisch schwarz beschäftigt worden sein sollen. Es werde gegen 22 Beschuldigte und ein Firmengeflecht von rund zwei Dutzend Unternehmen ermittelt, bestätigte ein Staatsanwalt in Düsseldorf Informationen, die über deutsche Medien kolportiert worden sind. So hätten bereits Mitte Mai 450 Polizisten, Zollbeamte, Steuerfahnder und Staatsanwälte in unserem Nachbarland bundesweit an 90 Orten Büros und Wohnungen durchsucht. Die Ermittler gehen dem Verdacht nach, dass mit dem Einsatz der Leiharbeiter aus Rumänien und Polen von den Leiharbeitsfirmen Steuern und Sozialabgaben in Millionenhöhe hinterzogen wurden. Mehr als ein Dutzend Schlachthöfe soll von Hintermännern der Szene mit billigen Arbeitskräften versorgt worden sein.

Mit einer ähnlichen Durchsuchungsaktion hatten die Ermittler bereits vor sieben Jahren die Branche aufgeschreckt. Ein deutscher Arbeiter-Verleiher aus Mönchengladbach wurde damals in der Folge im Jahr 2010 vom Düsseldorfer Landgericht zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Beschuldigten im aktuellen Verfahren seien zwar andere. Die Strippen für den Einsatz der Arbeiterkolonnen sind aber laut Staatsanwaltschaft offenbar erneut am Niederrhein gezogen worden. (Red./APA)

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at